Pfund's Condensirte Milch in Dosen, ohne Zusatz und Zuthaten etc. etc. Beste Kindernahrung. ohne Kuhmilch leicht und bequem. Dresdner Molkerei Gebr. Pfund.

Dresdner Nachrichten

38. Jahrgang.
Aufl. 56,000 Stück.

Dresden, 1893.

Liebe's Sagradawein (Fabrik: J. Paul Liebe in Dresden), diese beliebte Essenz der **Cascara Sagrada** gegen **Stuhlverstopfung** und **Schwerverdaulichkeit,** wird ausser in 1/20, 1/10, 1/5-Fl. für längern Gebrauch auch in Weinflaschen à 4.50 Mk. geliefert durch die **Apotheken.** Man verlange: **„den echten".**

Closets & Badeartikel in grösster Auswahl billigst! Friedrich Gappisch Königl. Sächs. Hoflieferant, DRESDEN-A. Marienstr. 11, gegenüber 3 Raben, Fabrik: Fischhofplatz.

Franz Pillnay
Fabrik zweckentsprechender Lacke für alle Branchen
Dresden-Neustadt.

MATTONI'S GIESSHÜBLER reinster alkalischer SAUERBRUNN
Hauptniederlagen in Dresden: MOHRENAPOTHEKE, Pirnaischer Platz, WEIS & HENKE, Schlossstrasse 11, KRONENAPOTHEKE, Neustadt.

Gummischuhe
(Harburger, schottische und russische)
in grössten Sortimenten zu billigsten Fabrikpreisen.
Moritz Hartung, Altmarkt 13.

Confirmanden-Anzugs-Stoffe, solide, elegante Waare, Meter 5 Mk., 6 Mk., 7 Mk. und 8 Mk., empfiehlt in unübertroffener Auswahl
C. H. Hesse.
Marienstrasse 20 („Drei Raben").

Nr. 56. Spiegel: Französisch-schweizerischer Zwischenfall. Ferry-Staatspräsident. Hofnachrichten. Oberbergrath Nöttig †. Stadtverordnetensitzung. Amtliche Bekanntmachungen. Gerichtsverhandlungen. Tagesgeschichte. | **Sonnabend, 25. Februar.**

Für den Monat März

werden Bestellungen auf die **„Dresdner Nachrichten"** für Dresden bei unterzeichneter Geschäftsstelle zu **90 Pfennigen,** für auswärts bei den Kaiserlichen Postanstalten im Deutschen Reichsgebiete zu 92 Pfennigen, angenommen.

Geschäftsstelle der Dresdner Nachrichten.

Politisches.

Der Fastnachtsstreit mit der Schweiz hat den Parisern nur für anderthalb Tage den nothwendigen Stoff zur Unterhaltung geliefert. Hatten sich die übermüthigen Jünglinge der guten Stadt Basel einfallen lassen, die Helden des Panamakrachs mit photographischer Treue in einem Festzuge vorzuführen, die Reinach und Herz, die Arton, Clémenceau und wie sie alle heißen mögen, die Braven. Das mochte hingehen, wenn es auch für die grande nation nicht gerade erbaulich ist, die Musterkarte für die Fälschungssicherze anderer Völker zu liefern. Aber gar zu ärgerlich war es, daß die Jugend von Basel nicht einmal vor dem großen Sadi Carnot anhielt, sondern ihn als Hauptpopanz, mit einem quittirten Check über eine halbe Million Panamagelder, in dem Zuge abkonterfeite. Der Zollkrieg, der zwischen der Schweiz und Frankreich besteht und bei den Schweizern ziemlich böses Blut macht, dürfte allerdings dafür gesorgt haben, daß die Liederverschen, die man bei dem Umzuge sang, nicht gerade Schmeichelhaftes für das Haupt der Republik enthielten. Darob entstand nun ein gewaltiger Notenwechsel, Depeschen flogen hin und her, kriegerische Aelpler übten sich schon auf dem Kuhhorn die Schlachtsignale ein, da erklärten sich die Baseler zur Abbitte bereit und der Himmel hellte sich wieder auf.

Nachdem man nun in Paris hierüber 36 Stunden lang sich unterhalten hatte, bot sich erfreulicherweise ein ganz neues Thema. Herr Le Royer, ein Mann von 77 Jahren, legte sein Amt als Präsident des Senates nieder, weil ihm, wie die Einen sagen, das Zipperlein die Glieder krümmt, weil, wie die Anderen glauben, seine Tochter sich mit den Beamten ihres Papas nicht recht verträgt. Nun ist die Stellung eines Präsidenten des Senats in jeder Beziehung sehr angenehm, da sie dem glücklichen Inhaber ein fixes Gehalt von jährlich 60,000 Franken und einen stattlichen Palast mit voller Einrichtung bis zum Stiefelknecht herab zur Verfügung stellt und da überdies das Amt selbst nicht gerade allzugroße Mühen mit sich bringt. Denn die Senatoren sind meist ältere gesetzte Herren, die gute Weine und ein friedliches Partiechen Whist, aber keine so aufregenden Scenen lieben, wie sie in der Deputirtenkammer an der Tagesordnung sind. Was Wunder, wenn sich zahlreiche Bewerber fanden, die sich für fähig hielten, als Nachfolger des alten Le Royer mit Würde und Geschick auf dem Präsidentensessel zu sitzen. Statt daß man unter diesen Kandidaten jedoch den harmlosesten herausfuchte, ist der Senat in einer plötzlichen Anwandlung von Ehrgeiz dazu gelangt, in einer vorläufigen Wahl Jules Ferry, das Haupt der Opportunisten, den verhaßten Mann von Tonkin, als künftigen Präsidenten zu nominiren.

Es ist zwar noch keineswegs sicher, daß Ferry auch in der entscheidenden Wahl die Palme erringen wird, zumal bis dahin sich ein überaus lebhaftes Spiel hinter den Coulissen entwickeln wird, aber bedeutsam ist das Wiederauftauchen Ferry's auf der politischen Schaubühne gerade in diesen Zeiten des inneren Wirrwarrs auf jeden Fall. Die Radikalen sind wüthend, die Regierungsmänner verblüfft, die Monarchisten reiben sich vergnügt die Hände, weil sie in der Kandidatur Ferry's einen neuen Zankapfel zwischen den einzelnen Gruppen der Republikaner erblicken. „Nieder mit dem Tonkineien" schreien die Einen, „Hoch Ferry" die Anderen. Verdient Jules Ferry diese Aufregung? Wer ist Jules Ferry? Nun, er war französischer Minister so lange, bis er, wie es schien, für immer unmöglich wurde. So lange er Minister war und auch jetzt noch gilt er als spezieller Vertrauensmann der Rothschild's, mit denen er auch durch seine Abstammung eng verbunden ist. So lange Gambetta lebte, war er sein Schatten. Hinter der Leiche vornehmer Römer schritt nach der Sitte beim Leichenkondukte ein wie der Verstorbene gekleideter, seine Haltung und Geberden nachahmender Sklave einher; ein Schauspieler gleichzeitig ernster und heiterer Art, ein Erzmime, gleichsam eine Todtentanzgestalt im Karneval oder eine Aschermittwochsmaske, die ihre Sprünge auf einem Kirchhof macht. Ein solcher Erzmime Gambetta's war einst Ferry, er unterschied sich von ihm nur wie der Knecht vom Herrn. So beurtheilt ihn Drumont, der auch aktenmäßig die Geschichte von Tonkin darstellt, die Geschichte jener unglückseligen Expedition, die Ferry in's Leben rief und die den Franzosen 800 Millionen und 10,000 Soldaten kostete, damit einige Spekulanten einen ungeheuren Profit in die Tasche stecken konnten. Der Tag von Lang Son, der 29. März 1885, wo die Nachricht von der Niedermetzelung des französischen Korps nach Paris gelangte, hat damals Jules Ferry den Hals gebrochen. Es war der dramatisch bewegteste Tag des französischen Parlamentes und wohl werth, in der Erinnerung aufgefrischt zu werden. Wüthend stürzte ein radikaler Führer auf die Tribüne und rief dem Ministerpräsidenten Ferry zu: „Nicht Minister sehen wir in Ihnen, sondern Angeklagte". — Allgemeiner Beifall von allen Seiten. Stimmen von links und rechts: „Diese Herren lachen". — Raoul Duval: „Gewisse Zeichen der Entrüstung kann man nicht unterdrücken. Der Herr Conseil-Präsident hat gelacht. Es giebt des Hochverraths Angeklagte, auf welchen die Schwere des Gesetzes noch lange lasten wird." Gaillard: „Ich erkläre, daß Herr Jules Ferry noch immer lacht." (Allgemeine Bewegung.) Das ist eine kleine Scene aus jenem denkwürdigen Tage, der Ferry stürzte und den Drumont mit Strichen wie Zola folgendermaßen schildert: Die Bestürzung, welche die Unglücksnachricht von Lang Son auf die jäh aufgerüttelte Menge hervorbrachte, glich jener Alten, die man noch Abends aufgeputzt und geschminkt sah und die nun auf den Ruf „Feuer" die Treppe hinabeilend in ihrer wahren, runzeligen Gestalt, alten, angefaulten Aepfeln ähnlich, sichtbar ward. Das Paris, das man in diesem Augenblick sah, bot ein erschütterndes Bild einer Hauptstadt nach einer ersten Niederlage. Keine Autorität, keine Regierung, nichts mehr. Alles darniederliegend. Und Ferry, der „unheimliche Advokat, der mehr Menschen tödtete als ein Eroberer", lachte, er lachte, als die Entrüstung des Landes sein Haupt traf. Heute ist Ferry nicht nur wieder möglich, sondern die zweite Stelle in der Republik soll ihm verliehen werden. So werden auch wohl in einigen Jahren die Helden des Panamakrachs wieder auf der Bühne erscheinen, nachdem sie eine Anstandspause auf Reisen verlebt oder in irgend einem zusammengegaunerten Schloß ihren Raub in Ruhe verzehrt haben. Auch Clémenceau wird wieder erscheinen, der Mann mit der Vorstadtberedtsamkeit, den François Coppée in einer seiner kleinen Novellen so trefflich geschildert hat, Clémenceau, der ehrgeizige Streber aus dem Süden, der die Phrase beherrscht wie kein Anderer, der durch 2 Jahrzehnte als der Cato der Republik galt, bis eines schönen Tages ihm die Maske einmal herunterrutschte und ein Gesicht freiließ, gemein, ja noch gemeiner als das der anderen Helden von Panama.

Ja die Helden von Panama! Man hat den alten, dahinsiechenden Lesseps, der noch immer nicht sterben kann, zu langem Gefängniß verurtheilt, aber man hütet sich weislich, einen von den Leuten zu fangen, die den Draht zogen, an denen die Lesseps als Hampelmänner hingen. Reinach starb im rechten Moment, als er die wackeren Staatsmänner der Republik entlarven konnte und wollte. Woran er starb, weiß Niemand; zufälligerweise ließ man ihn so lange in seinem Grabe verweilen, bis die Chemiker nichts mehr zu erkennen vermochten. Herz leidet in London an einer merkwürdigen Krankheit, von der man nur weiß, daß sie ihn wohl hindert, nach Paris zu kommen, aber nicht hindert, behaglich sich des Daseins zu erfreuen. Arton macht Spazierfahrten durch die Welt und kommt überall dort an, wo gerade die französischen Detektives nicht sind. In Grenoble stirbt zur günstigsten Stunde Gaillot, der Rechtsbeistand des Cornelius Herz, an der Liste der Bestochenen. Wer irgend etwas zu erzählen weiß, verschwindet spurlos. Sogar die geschiedene Gattin Clémenceau's und zwei ihrer Dienstboten, so berichtet der Marquis von Morès, sind nicht mehr aufzutreiben. Natürlich wird Wahres mit Falschem vermischt, Räubergeschichten werden in Paris wie in der Provinz erzählt, die kaum mehr als ein Körnchen Wahrheit enthalten; aber das ist sicher: Es geschieht Alles, was die jetzigen Machthaber thun können, um den Panama-Skandal ganz zu vertuschen und den Leuten weiszumachen, daß man nicht über faulen Eiern brüte, sondern schöne und nützliche Seide spinnt. Für den Augenblick mag das gelingen, und die jetzigen Machthaber mögen sich eine Henkersfrist erlisten, aber es kann ja nicht immer so bleiben, auch in Frankreich wechselt der Mond.

Li--.

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 24. Februar.

Berlin. Reichstag. Die Novelle zum Gesetz betr. die Kautionen der Bundesbeamten (wonach Eintragungen in das Reichsschuldbuch und in Staatsschuldenbücher als Kautionen bestellt werden dürfen), wird in dritter Berathung endgiltig angenommen. Dann wird die Berathung des Etats des Innern beim Reichs-Versicherungsamt fortgesetzt. Abg. Schmidt (freis.) weist darauf hin, daß die unteren Behörden vielfach die Arbeiter für Versäumnisse beim Einkleben der Alters- und Invaliditätsmarken verantwortlich machen, was dem Sinne des Gesetzes nicht entspreche. Redner weist dann die Behauptung Wurm's zurück, daß der Sozialdemokratie die ganze Versicherungsgesetzgebung zu verdanken sei; Friedrich Harkort habe schon in den 30er Jahren derartige Forderungen gestellt. Die sozialdemokratische Agitation wirke nur als Hemmschuh. Man halte die Partei daraufhin für eine staatsgefährliche; das ist sie nicht, zumal so lange sie parlamentele. Er kenne seine Pappenheimer, sie wählten sozialdemokratisch und stimmten, als Mitglieder der Kriegervereine, begeistert in das Hoch auf den Kaiser ein. Wenn Wurm behaupte, die Unfallrenten würden nur durch Zwang ausgezahlt, so widerspreche das den Thatsachen. — Staatssekretär v. Bötticher: Wenn sich jetzt die Parteien, die früher gegen die Versicherungsgesetzgebung gestimmt haben, um die Urheberschaft derselben streiten, so entnehme er daraus, daß diese Gesetzgebung noch nicht so schlecht sein könne. Das von Schmidt bemängelte Verfahren einzelner Behörden entspräche allerdings nicht dem Geiste des Gesetzes; er werde die Regierung darauf aufmerksam machen und um Erlaß entsprechender Anweisungen einkommen. — Abg. Hofmann (soz.) beschwert sich über verschiedene Fälle unrichtiger Ausführung der Versicherungsgesetze; so hätten selbstständige Meister, die freiwillig sich versichert und ihre Beiträge bezahlt hätten, schließlich auf Grund älterer Gesetze keine Renten erhalten. Es sei nicht selten für Rentenempfänger schwierig, sich bei der Post zu legitimiren. Auch kämen Unterschleife von Arbeiterbeiträgen durch Arbeitgeber vor. — Staatssekretär v. Bötticher: Letzteres könne der Arbeiter in jedem Falle kontrolliren. Auf Legitimirung des Rentenempfängers bei der Post könne nicht verzichtet werden. Die selbstständigen Hausgewerbetreibenden anlangend, so würde auf Abstellung des gerügten Uebelstandes bei Revision des Gesetzes Bedacht zu nehmen sein. Der Staatssekretär erwiederte auf eine Anregung Buhl's, er beabsichtige bei der Revision des Unfallgesetzes die Sache so zu ordnen, daß die Berufsgenossenschaft, welche die Entschädigung eines Arbeiters ablehnte, den Anspruch derjenigen Genossenschaft übermittele, die sie für verpflichtet halte. — Abg. Bebel (soz.) bestreitet Meibach gegenüber, daß die Sozialdemokraten im Reichstage Unfallversicherungsmaßregeln forderten, außerhalb des Hauses aber dieselben in den Augen der Arbeiter lächerlich zu machen suchten, und fragt dann an, wie es mit der versprochenen Novelle zum Unfallgesetze stehe. Das Gesetz müsse auf die Handwerker, Handelsgeschäfte u. s. w. ausgedehnt werden. — Staatssekretär v. Bötticher erwiedert, daß die Novelle ausgearbeitet sei und daß er die Ausdehnung des Gesetzes auf die Handwerker und Kleingewerbe beabsichtige, man werde aber gut thun, sich nicht zu überstürzen, da noch fortgesetzt Erfahrungen gemacht würden, die zu Korrekturen Anlaß gäben; zu erwägen werde sein, ob nicht das Schiedsgericht auch als Einigungsamt zu wirken habe. — Abg. Götz (natl.) wendet sich gegen die Art, in der Wurm gestern wieder einmal alle Unternehmer in die Pfanne gehauen habe. Die Unternehmer hätten viel und sie hätten es gern gethan; die Berufsgenossenschaften hätten sich der Aufgabe der Unfallverhütung mit Lust und Liebe angenommen. — Abg. Wisser wiederholt sein Verlangen auf Ausdehnung der Alters- und Invaliditätsversicherung auf selbstständige kleine Landwirthe. — Abg. Rösicke (kons.) weist die Vorwürfe gegen die Berufsgenossenschaften wegen der Rentenfeststellung zurück, nur etwa 30 Proz. aller von den Arbeitern angefochtenen Rentenbescheide würden in zweiter Instanz geändert. — Das Kapitel Reichs-Versicherungsamt und der Rest des Ordinariums werden genehmigt. — Bei dem Extraordinarium und zwar bei der Forderung zur Ausstattung des Reichstagsgebäudes bedauert Abg. Zimmermann (Antis.), daß das zur Vergoldung des Kuppelbaues des neuen Reichstagsgebäudes verwendete Blattgold aus Belgien bezogen sei; in Dresden bestehe eine blühende Blattgold-Industrie. — Staatssekretär v. Bötticher: Die Arbeiten seien an einen deutschen Industriellen vergeben worden, die Reichsregierung könne nicht kontrolliren, woher dieser sein Material beziehe. — Beim Nordostseekanal 7. Rate bemängelt Abg. Cassemann (natl.) die Verwendung schwedischen Granits. Staatssekretär v. Bötticher erwiedert, daß, wenn dies den Unternehmern versagt worden wäre, diese erheblich höhere Preisforderungen hätten stellen müssen. — Abg. Molkenbuhr (soz.) beklagt die Beschränkung der Schiffahrt auf dem Eiderkanal, wodurch viele kleine Schiffer geschädigt würden. Man möge diese entschädigen, wozu eine Viertelmillion Mark ausreichen würde. Staatssekretär v. Bötticher erwiedert, es sei möglichst Rücksicht auf kleine Schiffer genommen worden. — Der Rest des Etats des Innern wird genehmigt. Der Präsident bemerkt, daß der Etat des Innern in 18 Sitzungen erledigt sei. (Heiterkeit.) Morgen Antrag Rintelen betr. Verjährung in Strafsachen, Postdampfervorlage, Wahlprüfungen.

Berlin. Das Abgeordnetenhaus setzt die Berathung des Kultusetats bei dem Kapitel Kunst und Wissenschaft fort. Abg. Bödtker (Centr.) konstatirte gegenüber dem Vorwurfe, der Staat thue für die Kunst nicht genug, daß auf künstlerischem Gebiete eine starke Ueberproduktion bestehe. — Minister Dr. Bosse erhoffte von der Neuregelung des Kunstausstellungswesens einen vortheilhaften Einfluß auf die Entwickelung der Kunst. — Regierungsseitig wurde mitgetheilt, daß die Errichtung einer Beobachtungsstation auf dem Brocken für den nächsten Sommer gesichert sei. — Im weiteren Verlaufe wurde ein Antrag des Abg. v. Heereman angenommen: Die Regierung wolle erwägen, welche Bestimmungen des Gesetzes über die Vermögensverwaltung in den katholischen Kirchengemeinden erhebliche praktische Schwierigkeiten und Unzuträglichkeiten herbeigeführt haben und event. eine Abänderung dieses Gesetzes in der nächsten Session vornehmen. Angenommen wurden endlich Resolutionen auf Erhöhung der Alterszulagen der Geistlichen, abgelehnt dagegen ein Antrag auf Gleichstellung der sogenannten Missionspfarrer mit den übrigen Pfarrern in Bezug auf das Minimalgehalt. — Weiterberathung morgen, außerdem Etat für Handel und Gewerbe.

Berlin. Reichskanzler Graf Caprivi feierte heute seinen 62. Geburtstag. Der Kaiser fuhr persönlich in großer Uniform mit dem Schwarzen Adlerorden an der Brust bei dem Reichskanzler vor, um demselben seine Glückwünsche auszusprechen und ihm einen kostbaren Ehrensäbel zu überreichen. — Der Bundesrath nahm gestern die Novelle zum Unterstützungswohnsitzgesetz an. — General v. Loë, welcher dem Papst die Glückwünsche des deutschen Kaisers zum Priesterjubiläum überbrachte, erhielt vom Papste den Christusorden. — Deutschland entsendet zur amerikanischen Flottenschau die Korvette „Kaiserin Augusta" und wahrscheinlich den Kreuzer „Seeadler". — Im Befinden des Reichstagsabgeordneten v. Stumm ist eine wesentliche Besserung eingetreten; die Krisis gilt als überwunden. — Die Erben des verstorbenen Bankiers Bleichröder haben dem Oberbürgermeister von Berlin zum sofortigen Vertheilen an die Armen 100,000 M. übersandt. — In der heutigen Sitzung der Militärkommission des Reichstages brachte Abg. v. Bennigsen einen Modifikationsantrag betr. die Ersatzbataillone ein. — In der Reichstagskommission für die lex Heinze wurde der Paragraph, welcher eine Strafverschärfung in Fällen besonderer Rohheit, Bosheit oder Ehrlosigkeit des Thäters enthält, mit geringer Aenderung angenommen. — Die Kommission des Reichstages für das Gesetz gegen den Verrath militärischer Geheimnisse nahm den Paragraphen über die Straffestsetzung mit der Aenderung an, daß bei der Strafthat auch der Vorsatz vorhanden sein muß. Der Paragraph, welcher auch ohne einen Verrath für Bekanntgebung von Verhältnissen der deutschen Kriegsmacht eine Gefängnißstrafe androht, wurde einstimmig abgelehnt. — Das antisemitische Wahlkomitee in Liegnitz bereitet eine energische Agitation für die Stichwahl vor. In den nächsten Tagen soll der heute freigelassene Ahlwardt in den Wahlkreis kommen.

Berlin. Rektor Ahlwardt wurde heute in Plötzensee entlassen und von seinen Freunden empfangen. Ein Zug von 50 Droschken bewegte sich durch das Brandenburger Thor, wo Studenten ein Hoch ausbrachten, nach den Germania-Sälen in der Chausseestraße. Dort fand stürmischer Empfang statt und es wurden Reden von Ahlwardt, Hertwig und Werner gehalten.

Freiberg. Das Schwurgericht verurtheilte die Ehefrau Schulze aus Siebenlehn wegen unmenschlicher Mißhandlung ihrer Stieftochter, welche den Tod derselben zur Folge hatte, zu 5 Jahren Gefängniß.

Hannover. Der Staatsanwalt hat die gegen das Urtheil im Welfenprozeß eingelegte Revision zurückgezogen.

Breslau. Ein erneuter Eisgang verursachte eine bedeutende Bollwerkzertrümmerung und den Einsturz eines Lagerschuppens auf der Sandinsel.

Stuttgart. Baron v. Stedlitz ist zum Hoftheater-Intendanten und Kammerherrn ernannt worden.

Pest. In der Wohnung eines hiesigen Einwohners wurde ein aus Wien bezogenes Klavier aufgestellt; als ein 12jähriges Mädchen sich an das Klavier setzte und die Tasten berührte, explodirte eine Dynamitbombe, welche im Klavier versteckt gewesen war. Das Mädchen ist schwer verwundet.

Paris. Das Journal Ferry's, die „Estafette", protestirt nachdrücklich gegen die Behauptung, daß die Wahl Ferry's zum Präsidenten des Senats persönlichen Zwecken dienen solle und gegen Carnot und Ribot gerichtet wäre. Ferry könne nur deren Verbündeter zur Vertheidigung der sozialen Ordnung sein. — Der „Figaro" veröffentlicht ein Interview mit Andrieux betreffs der sogenannten Senatsverschwörung. Ferry's Kandidatur sei der erste Akt des neuen politischen Dramas. Ferry sei bestimmt, den Opportunismus zu retten und möglichst bald Carnot zu ersetzen. Eine Präsidentschaftskrise werde baldigst bevorstehen. Die Verschworenen seien entschlossen, noch vor den Wahlen Ferry zum Präsidenten der Republik zu machen und Constans das Ministerium des Innern anzuvertrauen. — Ein auf der letzten Wallfahrt zum Katholicismus übergetretener holländischer Protestant schenkte zum Ausbau der Kirche in Lourdes 3 Millionen Francs.

Paris. Jules Ferry ist mit 148 von 249 abgegebenen Stimmen zum Präsidenten des Senats gewählt worden.

Pfund's verdichtete Kindermilch (Schmelzmilch) Dresdner Molkerei Gebr. Pfund, Bautzenerstr. 41-42. Trocken-Fütterung.